

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

5.6.1931 (No. 128)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Zeitung  
Str. 14  
Redaktion:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen anderer Art, der als Kassenabgabe gilt und demnach nicht in Rechnung zu bringen ist, wird die Rechnung durch den Verlag zu dem Zweck der Klärung der Angelegenheiten der Redaktion an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversen fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in höchstem Maße oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verletzungen übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchs für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Aus der Notverordnung Der Abschluß der Beratungen

Das Reichskabinett schloß am Mittwoch seine Beratungen über die neue Notverordnung ab, worauf sich Dr. Brüning zum Reichspräsidenten begab, und ihm einen längeren Vortrag über die geplanten Maßnahmen und die Beratungen des Reichskabinetts hielt. Der Reichspräsident hat nunmehr die Notverordnung zu unterzeichnen, die frühestens am Samstag veröffentlicht werden dürfte.

Die neue Notverordnung wird etwa zwei Duzend Einzelgesetze enthalten. Dem Inhalte nach wird die Notverordnung fünf Gruppen von Fragen umfassen: 1. Ersparnismaßnahmen, 2. neue Steuern, 3. Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Sozialversicherungen, 4. Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes, 5. neue Mittel für die Länder. Im einzelnen verlautet darüber:

Die Einsparungen am Reichshaushalt sollen etwa 220 bis 230 Millionen Reichsmark erbringen. Sie fesseln sich zusammen aus Abschnitten bei den Staatsausgaben, u. a. mit 50 Mill. beim Reichswehrgeld, ferner 60 Mill. durch den Fortfall der Rückzahlung von Lohnsteuern bei eintretender Arbeitslosigkeit, verschiedenen anderen kleineren Einsparungen, sowie endlich den Gehaltskürzungen bei den Beamten. Die Gehälter der Beamten sollen um 4 bis 8 Prozent gekürzt werden. Weiter soll die Rente für das erste Kind herabgesetzt werden. Auch die Renten der Kriegsbeschädigten werden um 4 Prozent gekürzt.

Die Steuererhöhungen sollen rund 700 Millionen erbringen. Hiervon entfallen auf die Erhöhung der Zundersteuer etwa 110 Mill., Mineralölsteuer etwa 75 Mill., Tabaksteuer etwa 13 Mill. Den größten Betrag soll die neu eingeführte Kreissteuer mit 440 Mill. erbringen.

Sie soll nach zwei verschiedenen Stufen erhoben werden, und zwar: a) als Kreislohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne Beamte) und b) als Kreissteuer der Veranlagten von den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen. Die Kreislohnsteuer beträgt bei Monatseinkommen bis 300 RM. 1 Prozent, bei Monatseinkommen bis 700 RM. 1,5 Prozent, bei Monatseinkommen bis 1000 RM. 2,5 Prozent, bei Monatseinkommen bis 1500 RM. 4 Prozent, bei Monatseinkommen bis 3000 RM. 4,5 Prozent, bei Monatseinkommen über 3000 RM. 5 Prozent. Die Kreissteuer der Veranlagten soll betragen bis 8000 RM. Jahreseinkommen 1 Prozent, bis 20 000 RM. 1,5 Prozent, bis 100 000 RM. 2 Prozent, bis 250 000 RM. 2,5 Prozent, bis 500 000 RM. 3 Prozent, bis 1 000 000 RM. 3,5 Prozent, über 1 Million RM. 4 Prozent.

Die Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung sehen keine Beitragserhöhungen vor. Man will vielmehr die Sanierung durch innere Reformen erzielen. Die Einsparungen im Betrage von etwa 300 Millionen Reichsmark ergeben. So sind u. a. vorgesehen: eine Verlängerung der Wartezeit, besondere Maßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Saisonarbeiter und anderer mehr. Sämtliche Leistungen aus der Versicherung werden um 5 Prozent gekürzt. Die Trennung von Krankenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge bleibt vor der Hand bestehen. Allem Anschein nach soll bei der Krankenfürsorge jedoch in Zukunft der Bedürftigkeitsnachweis erbracht werden.

In den übrigen Sozialversicherungen werden Reformen nur in geringem Umfange erfolgen. Bei der Unfallversicherung sollen die kleineren Renten in stärkerem Umfange gänzlich verschwinden.

Die Maßnahmen zur Anhebung des Arbeitsmarktes bestehen in der Schaffung eines Anwerbefonds für die Wirtschaft aus den überschüssigen Beträgen sowie in der Ermächtigung zur Kürzung der Wartezeit. Das Reichskabinett erhält die Ermächtigung, die gesetzliche Arbeitszeit in besonderen Fällen auf dem Verordnungswege für bestimmte Wirtschaftszweige auf 40 Stunden wöchentlich zu verkürzen.

Die Kürzungen der Beamtengehälter in den Ländern und Gemeinden fließen den Ländern und Gemeinden zu, die des weiteren auch die Mittel aus der bisherigen Rückstellung der Lohnsteuer erhalten. Länder und Gemeinden erhalten Mittel aus dem Ausgleichsfonds der Hauszinssteuer, der etwa 110 Millionen Reichsmark erhält, so daß Länder und Gemeinden rund 400 Mill. Reichsmark erhalten.

Wie der „Wochenkurier“ erfährt, ist eine Ermächtigung für die Reichsregierung vorgesehen, einzelne Gewerbezweige von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unter gewissen Bedingungen zu befreien bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Versicherungsleistungen an die betreffenden Arbeiter und Angestellten. Diese Maßnahme dürfte zunächst für den Steinkohlenbergbau zur Anwendung kommen, um eine Kohlenpreisberabstimmung um 6-7 Prozent und damit eine Produktionsbelebung herbeizuführen.

### Das Inkrafttreten der Notverordnung

Aber den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Notverordnung erfährt die „Wochenzeitung“, daß die Bestimmungen über die neuen Steuern und über die Gehaltskürzungen bei den Beamten mit dem 1. Juli wirksam werden sollen. Einige Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherungsreform bedürfen einer gewissen Anlaufzeit. Die Bestimmungen, in denen, wie z. B. bei den Mineralölen, eine Anhebung des Verkaufspreises vorgesehen ist, treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

### Letzte Nachrichten

#### Brüning und Curtius in England Ankunft in Southampton

W.S. Southampton, 5. Juni. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sind hier eingetroffen. Sie wurden vom Bürgermeister und anderen Vertretern der Behörden empfangen.

W.S. London, 5. Juni. (Tel.) „Times“ sagen in einem Leitartikel über den Besuch der deutschen Staatsmänner, es handle sich keineswegs in erster Linie um einen Besuch geschäftlicher Art. Unsere Gäste bringen keine Sachverständigen mit, deren Abwesenheit uns zur Genüge beweist, daß auf keiner von beiden Seiten detaillierte Verhandlungen geplant werden. Die Unterredungen werden zweifellos freimütig und informativ sein und werden dazu beitragen, daß die Regierungen Englands und Deutschlands den kommenden Dingen mit einer genaueren Kenntnis der Auffassungen und Bestrebungen der anderen Seite gegenüberstehen.

#### Die Arbeitslosenhilfe

##### Der dritte Teil des Brauns-Gutachtens

W.S. Berlin, 5. Juni. (Priv.-Tel.) Das dritte Teilstück des Brauns-Kommisssionsgutachtens wird heute der Öffentlichkeit übergeben. In seiner Einleitung bringt es zunächst einen knappen Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe, über den finanziellen Notstand, in den die drei Formen der Arbeitslosenhilfe geraten sind, berichtet der nächste Abschnitt. Die Kommission hält es nicht für ausgeschlossen, daß im Rechnungsjahr 1931 eine Jahresdurchschnittszahl von 4,5 Millionen Arbeitslosen erreicht wird. Sie empfiehlt daher eine sehr umfassende finanzielle Vorbeuge.

Angeht die finanzielle Bedrängnis der Arbeitslosenhilfe, so mußte die Kommission ihr Hauptaugenmerk auf schnellwirkende Abhilfemaßnahmen richten. Die Kommission empfiehlt, an der versicherungsmäßigen Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe unbedingt festzuhalten. Daraus ergaben sich grundsätzliche Bedenken gegen die Bedürftigkeitsprüfung. In den letzten Monaten ist eine Verschmelzung von Krankenfürsorge und gemeindlicher Fürsorge für Wohlfahrtsverbände zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge befürwortet worden. Die Kommission ist aber der Überzeugung, daß der Krankenfürsorge in ihrer elastischen Mittelstellung zwischen Versicherung und gemeindlicher Fürsorge eine große Bedeutung zukomme. Allerdings seien Gemeinden und Gemeindeverbände über ihre finanzielle Kraft hinaus in Anspruch genommen worden. Die Kommission befürwortet die Anpassung der Krankenfürsorge an die gesteigerte Notlage. Die Kommission will die Anwartschaftszeit unberührt lassen, da sonst bei den heute verringerten Beschäftigungsmöglichkeiten Personengruppen von der Unterstützung ausgeschlossen würden, denen sie aus sozialpolitischen Erwägungen zukomme.

Die Kommission hat erhebliche Änderungen in der Frage der Wartezeiten vorgeschlagen. Die Wartezeiten sollen erhöht werden: 1. Bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen von 14 auf 21 Tage, 2. bei Arbeitslosen mit einem bis drei zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage, 3. bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen aber nur von drei auf sieben Tage. Dieser Vorschlag mußte gemacht werden, weil angesichts der Notwendigkeit, Einsparungen zu erzielen, sonst eine stärkere Senkung der Unterstützungsbeträge hätte vorgeschlagen werden müssen, die schwerer zu tragen sind, als eine längere Wartezeit.

Die Kommission ist der Auffassung, daß als Notmaßnahme auch eine zeitweilige Senkung der Unterstützungssätze in Betracht gezogen werden müsse. Die beträchtlichen Summen, welche zur Sanierung der Arbeitslosenhilfe erforderlich sind, können unmöglich allein an der Unterstützung der Arbeitslosen eingepart werden. Die Kommission hält es deshalb für erforderlich, daß zu den den Arbeitslosen zugemuteten Opfern auch Opfer des Teils der Bevölkerung treten müßten, die sich noch in günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befinden. Die Kommission schlägt ferner vor, zu erwägen, ob der Reichsanstalt für den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung eine gewisse Autonomie eingeräumt werden soll.

Den Ausschluß der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung konnte die Kommission nicht befürworten. Einen besonderen Abschnitt widmet das Gutachten der Krankenfürsorge.

#### Europareise des amerikanischen Außenministers

Staatssekretär Stimson wird Ende Juni eine Reise nach Europa antreten, um sich persönlich ein Bild von der jetzigen Lage Europas zu machen. Er wird am 21. Juli in Berlin eintreffen, wo er eine Woche bleiben wird, um Besprechungen mit deutschen Staatsmännern zu pflegen. Die „Times“ melden, daß Stimson eine Reihe privater Unterhaltungen mit Deutschen haben werde, die ihm Informationen über die jetzige Lage Europas und ihre Wirkung auf die Währungsreform geben könnten. Staatssekretär Stimson werde nach seiner Rückkehr aus Europa klarer sehen, ob ein Aufschub der Konferenz zum mindesten um einen Monat wünschenswert wäre.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Verlustabschlüsse großer Firmen — Daimler-Benz, Karstadt, Elberfelder Glanzstoff, Nordstern, Linoleum — Das Rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat

Die Einwirkung der Weltkriege auf die deutsche Wirtschaft wird durch eine Reihe von Verlustabschlüssen deutscher Gesellschaften von Weltruf illustriert. Es handelt sich zum Teil um sehr beträchtliche Unterbilanzen, die, mögen sie auch nicht alle absolute, sondern zum Teil vornehmlich buchmäßige Verluste darstellen, eben eine Bilanz aufzeigen, sowohl über Schäden, welche die Weltkriege angerichtet hat, wie auch über die Enttäuschungen, die sich daraus ergaben, daß man sehr erhebliche Mittel für Expansionen und neue Einrichtungen aufgewendet hatte, die sich noch nicht in dem erhofften Maß rentieren. Es sind zum Teil also vorsorgliche Maßnahmen und Sonderabschreibungen, aus welchen die ausgewiesenen Verluste resultieren.

Daimler-Benz, der uns wegen seiner in Baden gelegenen Werke ja besonders interessiert, schließt mit 7,5 Millionen Reichsmark solcher Verluste ab, während er im Vorjahr 1 073 501 RM Gewinn auswies. Der Umsatz dieses größten in deutscher Hand befindlichen Automobilkonzerns beträgt in diesem Jahr nur 99 Mill. Reichsmark gegen 130 Mill. Reichsmark im Vorjahr. Große Verluste entstanden bei den Werksfilialen, besonders im Ausland, und der Bruttogewinn ist um fast 60 Proz. zurückgegangen. Die verringerte Kaufkraft der Wirtschaft, die sich beim Ankauf von Nutkraftwagen zurückhalten mußte, war die Hauptursache. Daneben ist freilich nicht zu verpassen, daß Daimler-Benz nur bessere Personenvagen baut, von denen der billigste 6000 RM kostet. Erhebliche Ausgaben entstanden auch dadurch, daß die Verwaltung vorförmlich auf lange Sicht unter Ausnutzung des niedrigen Börsenkurses eigene Aktien erwarb. Die vorsorglichen Maßnahmen und Buchungen haben vor allem den Zweck, bei Wiedereintritt besserer Konjunktur, davon auch sogleich Nutzen ziehen zu können.

Der Verlust des größten deutschen Warenhauskonzerns der Karstadt-W.G., wird jetzt mit 23 Mill. Reichsmark bekanntgegeben. Der Sanierungsplan der Gesellschaft, die im Vorjahr eine Dividende von 12 Proz. zahlte, sieht für 1930 keine Dividende vor. Die Verluste sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß der Konzern, der eine große Ausdehnung betrieben hat, nun zu entsprechenden Abschreibungen genötigt ist, die sich auf über 25 Mill. Reichsmark stellen. Zu diesem Zweck erfolgte auch eine Kapitalerhöhung durch Umwandlung von 20 Millionen Reichsmark Stammaktien in Vorzugsaktien, die einen Buchgewinn von 10 Mill. Reichsmark bringt und zur Auffüllung des Reservefonds und weiteren Abschreibungen benutzt wird. Der wertmäßige Umsatz des Konzerns hat sich übrigens nicht sehr gesenkt. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist er von 327 Mill. Reichsmark im Vorjahr auf 310 Mill. Reichsmark zurückgegangen.

Die Elberfelder Glanzstofffabriken, die beherrschende Kunstseidegesellschaft in Deutschland, bleibt gleichfalls dividendenlos, nachdem sie im Vorjahr zur Sanierung bereits 66 Mill. Reichsmark hatten abschreiben müssen. Die diesjährigen Abschreibungen betragen fast 10 Mill. Reichsmark, denen nur ein Reingewinn von knapp 7 Mill. Reichsmark gegenübersteht. Die mit dieser Gesellschaft in Verbindung stehende internationale Aktiengesellschaft (Allgemeine Kunstseide Unie) hat einen Jahresgewinn von 2,9 Mill. holl. Gulden (im Vorjahr 10,2 Mill.). Die in ausländischen Händen befindliche Acetatseidefabrik Rhodiaseta W.G. in Freiburg i. Br. schließt für 1930 mit einem neuen Verlust von 130 000 RM ab, wodurch sich der Gesamtverlust auf 3,84 Mill. Reichsmark erhöht. Ihr Absatz hat sich 1930 infolge der Wirtschaftsdpression schließlich weit unter ihre Produktionsfähigkeit gesenkt.

Auch ein großer deutscher Versicherungskonzern, der „Nordstern“ (Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-W.G.) berichtet über beträchtliche Verluste. Sie ergeben sich aus dem Zusammenbruch der „Vaterländischen“ und „Rhenania“ im Jahre 1929 und deren Übernahme im Interesse des Credits des deutschen Versicherungsgeschäfts und um nach dem Zusammenbruch der „Sabag“ eine neue Katastrophe zu verhüten, und kosten statt der ursprünglich angenommenen 12 Mill. Reichsmark 38 Mill. Reichsmark. Der Konzern muß seine sämtlichen

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 44. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

stillen Reserven realisieren und bleibt in diesem Jahr in der Sachversicherung dividendenlos.

Es war zu erwarten, daß es in den Generalversammlungen der dem kontinentalen Linoleumtrust angehörenden Gesellschaften zu scharfen Kritiken der Geschäftsführung kommen werde. Bekanntlich war es seinerzeit unter deutscher Führung gelungen, einen Trust der Linoleumherzeugung zu gründen, dem fast alle Linoleumwerke des europäischen Kontinents angehören, der freilich auch erhebliche Mittel für die Schaffung und Erhaltung dieser Machtposition aufwenden mußte, wobei sich schließlich die Gefahr ergab, daß wegen des deutschen Kapitalmangels die Mehrheit in holländische Hände überging. Dies wurde dann vermieden, wenn auch mit erheblichen Opfern, namentlich an deutschem Kapital.

Ganz unberechtigt scheinen die Vorwürfe nicht, die in der Generalversammlung der deutschen Gesellschaft, der Deutschen Linoleumwerke AG. Berlin, geäußert wurden, daß nämlich ausländische Produktionsstätten auf Kosten der deutschen groß gepöppelt wurden, und daß man jetzt selbst auswärtige Gesellschaften wie Saglino und Crommie mit deutschen Millionen finanzieren müsse, wodurch der deutschen Wirtschaft wieder große Mittel entzogen würden. Es mußten außerdem von Generaldirektor Heilner, dem Gründer und Geschäftsführer des Trusts, verpfändete Aktien in Höhe von 14 Mill. Schweizer Franken (3. L. Trustaktien und 3. L. auch Aktien der deutschen Gesellschaft) aufgekauft werden, um die deutsche Führung im Trust zu erhalten. Der Präsident der Verwaltung des Trusts und der deutschen Gesellschaft, Dr. Schoeller (Berlin), gab zu, daß sich die Gesellschaft dadurch eine Machtposition aufbaute, erklärte aber, daß sich daraus auch eine Rente ergab. Auch die Linoleumgesellschaften waren zu bedeutenden Abschreibungen genötigt. Große Mittel wurden außerdem zur Vervollkommnung der Werke und zur Propaganda aufgewendet.

Die bedeutendste Absatzorganisation des deutschen Kohlenbergbaus, das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat der Ruhrgebiets, das, wie die anderen derartigen Organisationen unter der gesetzlichen Kontrolle des Reichs steht und von den Bechen Umlagen erhebt, aus denen in der Hauptsache die Kampfpreise gegen die ausländische Kohle bestritten werden, ist vom Reichswirtschaftsministerium aufs neue zwangsweise verlängert worden, und zwar um zwei Monate, bis Ende August. Die zwischen den Güntzengehen und den reinen Kohlengehen strittige Umlage soll zunächst, bis 1. Juli, nach dem bisherigen System weiter erhoben, und dann, wenn keine freiwillige Verständigung eintritt, bis zum Ende des Provisoriums durch den Reichswirtschaftsminister geregelt werden.

Das wichtigste ist aber, daß, nachdem nun zum sechstenmal ein Provisorium nach dem Ablauf des alten Vertrags geschaffen wurde, dieses Provisorium das letzte sein soll. Die Reichsregierung will das Zwangsyndikat nicht nochmals verlängern, sondern in die neue Notverordnung eine Bestimmung aufnehmen, wonach der Reichswirtschaftsminister nicht mehr zur Bildung eines Zwangsyndikats verpflichtet ist. Der Bergbau soll die Freiheit erhalten, nach der er immer wieder verlangt hat, muß aber dann zeigen, ob er sie zu nützen imstande ist. Es handelt sich weniger um die Preisregelung, für die dem Reich das Recht eines zwangsweisen Eingriffs bleibt, als eben um die Gestaltung der Umlage, über die man sich dann selbst wird einigen müssen. Es stehen 75 Proz. der Bechen (nach ihrer Förderung) einer restlichen Opposition der drei großen Güntzengehen Krupp, Alöckner und Gute-Hoffnungs-Gütte gegenüber, die sich zu einem freiwilligen Beitritt nicht hatten entschließen können, da man sich über die Höhe der Umlage für den Güntzengehenverbrauch nicht einigen konnte. Die nun in Aussicht stehende Lockerung des Kohlenwirtschaftsgebietes wird schließlich ein freiwilliges Ruhryndikat bringen, da der Bergbau selbst keinen syndikatsfreien Zustand wünscht und es werden sich wohl schließlich auch alle Bechen anschließen, wahrscheinlich durch langfristige Abmachungen als bisher.

### Der Etat der Stadt Berlin

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab Stadtkammerer Uch einen Überblick über die Finanzlage der Stadt. Der Haushaltsplan der Stadt Berlin schließt in der ordentlichen Verwaltung mit 1.098.000.000 RM. gegenüber 1.115.000.000 RM. im Jahre 1930, in der außerordentlichen Verwaltung mit 287,3 Millionen Reichsmark gegen 44,9 Millionen Reichsmark im letzten Jahre.

Die einschneidenden Sparmaßnahmen, die durchgeführt worden sind, sind durch den ständig steigenden Bedarf des Wohlfahrtsstaats mehr als ausgeglichen worden, der für das Jahr 1931 den gewaltigen Zusatzbedarf für Wohlfahrtsberwerblose in Höhe von 158 Millionen Reichsmark vorzieht. Der gesamte Wohlfahrtsaufwand der Stadt ist auf einen Zusatzbedarf von 352 Millionen Reichsmark, das ist mehr als der 6½fache Betrag des Jahres 1924, gestiegen. Die schwere Wirtschaftskrise wirkt sich im Etat der Stadt besonders stark bei den Steuereingängen aus. Dazu traten die Verschlechterung der Ergebnisse der städtischen Wirtschaftsunternehmungen.

300 Gruben- und Güntzenleute eingestellt. Auf den Kruppischen Betrieben in Hellertal (Siegerland), ist am 1. Juni wieder eine erfreuliche Besserung der Arbeitslage eingetreten. Die Friedrichshütte in Herdorf hat 100 Mann wieder eingestellt und die Grube San Fernando 190 Mann. Sämtliche angestellten Leute waren zum Teil seit dem vorigen Sommer erwerbslos. Die Betriebsleitungen hoffen, bei einigemmaßen steigender Konjunktur die Belegschaft weiter erhöhen zu können.

### Die deutschen Zeitungsverleger in Wien

Eine Rede des Außenministers

Auf einem am Mittwoch in Wien veranstalteten Festabend hielt Dr. Schöber eine Ansprache, in der er auf die Wichtigkeit des Verlegerberufes hinwies. Die Erhaltung der deutschen Presse und die Steigerung ihrer Leistung sei auch eine Sache des deutschen Volkes. Nach einigen Ausführungen über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise kam Dr. Schöber auf Ausgleichsbedingungen zu sprechen. Völkerbund und Panuropa seien seit einem Jahrhundert dem deutschen Volke vertraute Begriffe und nichts Neues. Wir Deutschen wollen — so schloß er — leben, und das verbieten uns weder Friedensverträge, noch liegt in dem Bedürfnis zu leben etwas Imperialistisches, das man uns unterzuschieben versucht. Die von uns verfolgte Wirtschaftspolitik wird bestimmt durch die Not der Gegenwart. Darin wurzelt auch unser unerschütterlicher Glaube, eines Tages aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen und unseren heißen Wunsch nach Rettung unseres Volkes und der abendländischen Kultur überhaupt erfüllt zu sehen, wogu wir auch die Hilfe der Presse brauchen. Die Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger fand am Mittwoch ihren Abschluß. Am Donnerstagnachmittag begaben sich die Teilnehmer auf eine Reise in die Steiermark und in das Salzkammergut.

### Für die Verhältniswahl in Frankreich

W.B. Paris, 5. Juni. (Tel.) Der Abgeordnete Louis Marin hat in der Kammer bekanntlich einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht fordert, ja sogar für das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen eintritt. Marin hat vom Wahlrechtsausschuß verlangt, daß er zu diesem Gesetzesvorschlag unverzüglich Stellung nehme. Er hat auch die sofortige Diskussion im Plenum beantragt.

### Das Ergebnis der rumänischen Wahlen

W.B. Bukarest, 5. Juni. (Tel.) Nach dem von dem Innenministerium mitgeteilten endgültigen Ergebnis der Kammerwahlen entfielen auf die nationale Union (Regierungspartei) 438.761 Stimmen (80 Sitze), die nationale Bauernpartei (Georg Bratianu) 173.843 Stimmen (12 Sitze). Ferner erhielten u. a. die Antisemiten 8 Sitze, die Sozialisten 7 Sitze, die ungarische Partei 11 Sitze, die jüdische Partei 4 Sitze und der kommunistische Arbeiterblock 5 Sitze.

Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse der Senatswahlen stellen einen großen Erfolg der Regierungsliste dar. Ihre Kandidaten wurden fast ohne Ausnahmen gewählt. Die Ergebnisse von sieben Departements stehen noch aus.

### Ozeanflug des Do. X

Das Flugboot in Brasilien gelandet

W.B. Pernambuco, 5. Juni. (Tel.) Der „Do X“ ist heute früh 2.12 Uhr Greenwicher Zeit nach glänzendem Fluge programmäßig in Pernambuco (Brasilien) gelandet. „Do X“ hat die 1429 Seemeilen lange Strecke von den Kap Verdischen Inseln nach der Insel Fernando de Noronha in zwölf Stunden und 26 Minuten zurückgelegt. Die Mannschaft wie die Fluggäste des Flugbootes äußerten sich begeistert über den Flug. Die Motore arbeiteten ausgezeichnet bei einem Brennstoffverbrauch von stündlich 1700 Liter. Die Luft der Atmosphäre hatte eine Funkenverbindung bis kurz vor der Landung verhindert. Eine Meldung über einen Unfall des Flugbootes war falsch. „Do X“ wird nach Einnahme neuen Brennstoffes nach dem 300 Seemeilen entfernten Pernambuco auf dem südamerikanischen Festlande weiterfliegen.

### Der „Nautilus“ auf der Fahrt nach London

W.B. Provincetown, 5. Juni. (Tel.) Das U-Boot „Nautilus“ ist planmäßig um 23 Uhr nach London in See gegangen, nachdem es seine Probefahrt zur besten Zufriedenheit beendet hatte. Von London wird es über Bergen und Tromsø nach Spitzbergen fahren und von dort aus seine Nordpolfahrt antreten. Sir Hubert Wilkins und eine Anzahl Wissenschaftler, die ihn zum Nordpol begleiten wollen, befinden sich an Bord. Drei weitere Teilnehmer werden das U-Boot in London besteigen. Ein Küstenwachtschiff begleitet den „Nautilus“ bis zu den Grand Banks. An Bord des U-Bootes befinden sich bereits Lebensmittel für 18 Monate und Brennstoff für eine Fahrt von 6 bis 8000 Kilometern.

### Zeppelinfahrten nach der Schweiz

W.B. Friedrichshafen, 5. Juni. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das bereits gegen 5 Uhr morgens zu einer etwa dreistündigen Fahrt in die Schweiz mit 33 Passagieren aufgeflogen war, ist im Laufe des Vormittags zu einer zweiten Fahrt in die Schweiz gestartet, an der 20 Passagiere teilnehmen. Die Landung dürfte heute abend gegen 6 Uhr erfolgen.

### Neue Grenzverletzungen durch Flieger

Französische Wasserflugzeuge haben am Mittwoch Vorkum und Nordsee überflogen. Vorkum ist bekanntlich besetzt. Es wurde zunächst auch als möglich bezeichnet, daß es sich um holländische Flugzeuge handelt, da die Flugzeuge nur in der Anordnung der Rotarben Blau-Weiß-Rot verschieden sind. Doch wurde festgestellt, daß es zwei französische Militärflugzeuge waren. Die Flugzeuge, die aus Kopenhagen kamen, hatten Einflugerlaubnis für die Niederlande, aber keine Genehmigung für die Überfliegung deutschen Gebietes. Die deutsche Votschaft in Paris ist angewiesen worden, auch in diesem Falle der Verletzung der deutschen Lufthoheit Protest zu erheben.

Ferner ist in Entenbach (bei Kaiserslautern) in der Pfalz Mittwochnachmittag gegen 1/5 Uhr ein französisches Militärflugzeug, besetzt mit zwei Unteroffizieren, niedergegangen. Die Gendarmerie nahm die Insassen fest, die dann später nach Kaiserslautern verbracht wurden. Die Militärflieger wollen auf dem Wege nach Weissenburg gewesen sein und angeblich die Orientierung im Nebel verloren haben. Die Vermutung, daß noch zwei weitere Flugzeuge über Entenbach geflogen seien, hat sich nicht bestätigt.

### Neue Ausdehnungen in Essen

W.B. Essen, 5. Juni. (Tel.) Die Polizei meldet: In der vergangenen Nacht hatten sich im Segeroth-Biertel wieder größere Menschenmengen sammelt. An der Ecke Matthias- und Josefstraße war das Straßensplaster einen Meter breit aufgerissen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden wiederum mit Steinen und aus den Häusern mit Schraubenmüttern beworfen. Außerdem wurde eine Reihe von Straßenlaternen zertrümmert. Vierzehn Personen wurden festgenommen.

### Vom Parteitag der SPD.

Parteivorstand: Wels, Crispian, Vogel

Die Wahl des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch den Parteitag ergab am Donnerstag für Otto Wels die größte Stimmenzahl. Crispian und Vogel erhielten fast die gleiche Stimmenzahl. (Der Parteiaussschuß hatte Vogel an Stelle des verstorbenen Hermann Müller vorgeschlagen.) Der Kandidat der Opposition zum Parteivorstand, der Reichstagsabgeordnete Seydewitz, erreichte nur 57 Stimmen. Die Wahl der Beisitzer ergab die Annahme des Vorschlages des Parteivorstandes. Die bisherigen Beisitzer wurden wiedergewählt, hinzugewählt Breitscheid und Risse (Berlin).

### Die politischen Entschlüsse

Der Parteitag setzte — wie gemeldet — am Mittwoch die politische Aussprache fort. Die Abg. Künstler und Aufhäuser haben einen neuen, unten mitgeteilten Antrag eingebracht. In der Debatte kam es zu förmlichen Auseinandersetzungen mit der Opposition. Zur Rangzettelvergabe ging ein neuer Antrag des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses ein, der neun Genossen bei der Abstimmung über den Rangzettel B mißbilligt. Der Antrag wurde mit 324 gegen 62 Stimmen angenommen. Zu irgendwelchen Kundgebungen kam es nicht.

Mit großer Mehrheit wurde auch die vom Parteivorstand unterlegte politische Entschlüsse Aufhäuser-Künstler angenommen, in der am Schluß festgestellt wird, daß die Sozialdemokratische Partei in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen werde, daß es gelinge, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Leistungsabbau wird abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteitag anerkennt, daß die Fraktion unter den schwierigen Umständen die Idee des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten habe; endlich der Antrag des Parteivorstandes, wonach der Parteitag Kenntnis davon nimmt, daß die Reichstagsfraktion alsbald nach dem Erlaß der neuen Notverordnung zusammentreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstags entscheiden werde.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt, dem „Vorwärts“ zufolge, zur Beratung der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage am kommenden Mittwoch zusammen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Freitag einberufen worden.

### Der heutige Freitag

W.B. Leipzig, 5. Juni. (Tel.) Zu Beginn der Freitagssitzung des sozialdemokratischen Parteitages wurde das Ergebnis der Wahlen vom Parteivorstand bekanntgegeben. Wels erhielt 832, Crispian und Vogel je 318 Stimmen. Von allen elf Beisitzern konnte Breitscheid mit 236 Stimmen die meisten Stimmen auf sich vereinen. Im übrigen ist der Parteivorstand in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Der Präsident des preussischen Landtages, Bartels, erstattete dann den Rapport- und Organisationsbericht. Der Mitgliederbestand der Partei betrug Ende 1930 1.037.384, was gegenüber dem Magdeburger Parteitag vor zwei Jahren eine Zunahme von 100.000 bedeutet. 280.000 Mitglieder sind Frauen. Die Gesamteinnahme betrug 1930 152 Millionen RM, wovon auf Mitgliederbeiträge mehr als die Hälfte entfielen. Für Agitation und Wahlen wurden rund 8 Millionen RM ausgegeben. Das Vermögen der Parteiverlage beträgt 63,2 Millionen RM.

### Die Arbeitslosigkeit vor der Genfer Konferenz

Auf der Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz legte Reichstagsabgeordneter Hermann Müller den Standpunkt der deutschen Arbeitnehmergruppe dar. Müller erklärte, er habe kein Verständnis für die Haltung der englischen Arbeiterregierung. Wenn England das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifiziert hätte, dann hätte kein anderes Land zurückbleiben können. Namentlich die deutschen Arbeiter hätten die Haltung Englands bedauert. Der Redner setzte sich dann für die Einführung der 40-Stundenwoche ein. Es müsse eine dauernde Verfürgung der Arbeitszeit gefordert werden, sonst bleibe die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung. Weiter könne das Problem nur durch Erhöhung der Kaufkraft auf die Dauer gelöst werden. Müller schloß mit dem Hinweis, daß hinter der jetzigen Krise Chaos, Bürgerkrieg und namenloses Elend laiere.

### Kurze Nachrichten

Nach dem Bericht der Deutschen Reichsbahn für den Monat April war der Verkehr weiterhin ungenügend. Aber die saisonmäßige Entwicklung hinaus ist eine bemerkenswerte Besserung nicht zu verzeichnen.

Die Klage Bayerns gegen das Reich soll zurückgezogen werden, nachdem die Reichsregierung sich geneigt zeigt, Abänderungen hinsichtlich des Steuerberechnungsgebietes auf dem Wege einer neuen Notverordnung durchzuführen.

Der Langsamverein, der, wie gemeldet, in Düsseldorf tagte, nahm eine Entschlieung an, in der die westdeutsche Wirtschaft von der Reichsregierung einen klaren Plan zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben fordert.

Die Nationalsozialisten haben in einer Fraktionsitzung eine Entschlieung gefaßt, in der schärfster Protest gegen die neue Notverordnung erhoben und die Einberufung des Reichstags zwecks ihrer Aufhebung gefordert wird. — Hauptmann Stennes und Otto Straßer haben sich zu einer „Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft“ gegen Hitler zusammengeschlossen.

Die nationalsoz. Berliner Tageszeitung „Der Angriff“ wurde bis einschließl. 4. Juli 1931 auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausdehnungen verboten. — Die in Kassel erscheinende nationalsozialistische „Erfische Volkswacht“ ist auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Die französisch-russischen Handelsbeziehungen. Eine sowjet-russische Handelsdelegation zur Aufnahme von Verhandlungen über einen handelspolitischen modus vivendi mit Frankreich ist am Donnerstag in Paris eingetroffen.

Der Konflikt in Italien. Der Papst hat in zwei neuen Reden in sehr scharfer Form gegen die Auflösung aller nicht faschistischen Jugendverbände Stellung genommen.

Die Wahlen in Spanien. Der spanische Ministerrat billigte das Dekret für die Einberufung der Cortes, die am 28. Juni gewählt und am 14. Juli zusammentreten wird. Die Cortes besteht aus einer einzigen Kammer und wird gewählt nach dem direkten allgemeinen Wahlrecht. Ferner gestattete der Ministerrat das Wiedererschienen sämtlicher Zeitungen.

König Hussein 7. Der frühere König von Syrien, Hussein, ist in Amman (Transjordanien) gestorben.

### Kleine Chronik

In Berlin-Niederschlesien fand der Weichensteller Kohle, als er nachts vom Dienste in seine Wohnung zurückkehrte, seinen 10-jährigen Sohn, der aus der Ehe mit seiner ersten, von ihm geschiedenen Frau stammt, erschossen auf dem Fußboden vor. Die Tat hat die jehige Frau Kohles begangen, die darauf Selbstmord verübte.

Bei Schleswig ist am Bahnübergang bei St. Jürgen ein Triebwagen der Kreisbahn mit einem Kraftwagen zusammengestoßen. Der Kraftwagen wurde 50 Meter weit mitgeschleift und stürzte einen 10 Meter hohen Bahndamm hinunter. Dabei erlitten drei Personen schwere Verletzungen. Drei andere wurden leicht verletzt.

In der russischen Stadt Kflow sind bei einem Großfeuer 76 Häuser niedergebrannt. Die Entstehung des Brandes wird auf einen schadhaften Schornstein in einem Hause zurückgeführt, von wo aus das Feuer sich infolge starken Windes auf den ganzen umliegenden Bezirk ausbreitete.

Durch den Absturz eines Bombenflugzeuges bei Mex wurde die vier Mann starke Besatzung getötet.

Bei der Belastungsprobe der neuerbauten Hängebrücke in Libourne bei Bordeaux stürzte diese ein. 10 Personen wurden getötet und 19 verletzt.

## Badischer Teil

### Die Heidelberger Universitätsfeier

Es ist noch ungewiß, ob Reichsaußenminister Dr. Curtius an der am 9. Juni stattfindenden Einweihung der Neuen Universität teilnehmen kann. Der amerikanische Botschafter Eckert hat, wie bereits gemeldet, telegraphisch seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß er der Feier fernbleiben müsse. Er hält sich zur Zeit in Amerika auf. Bei dem Festakt wird außer dem Rektor, Prof. Meißner, und dem Vizekanzler a. D. Dr. Schurman auch der badische Staatspräsident Wittenmann das Wort ergreifen. Der badische Staatspräsident gibt ebenfalls zuvor im „Europäischen Hof“ für die geladenen Ehrengäste und den Senat ein Essen. — Der Sübfunk wird aus Heidelberg den Festakt mit den dabei zu haltenden Ansprachen übertragen.

### Ein Strafantrag

#### des Reichsinnenministers

Vor dem Großen Schöffengericht in Freiburg i. Br. hatte sich der Reisende Friedrich Klattner aus Karlsruhe auf Strafantrag des Reichsinnenministers Dr. Wirth wegen Verleumdung zu verantworten. Er war beschuldigt, Reichsinnenminister Dr. Wirth in einer von der Nationalsozialistischen Partei einberufenen Versammlung in Neustadt i. Schw. am 10. März 1930 beleidigt zu haben. Er bezeichnete Reichsinnenminister Dr. Wirth als „Josef mit dem Heiligenschein“ und als „Reichsaußenminister“. Außerdem behauptete der Angeklagte, Dr. Wirth habe auf der Saager Konferenz im Januar 1930 den deutschen Interessen verträglich zuwidergehandelt, weil er den anderen Vertragsparteien die erneute Befestigung deutscher Gebiete zur Sicherung der Reparationsansprüche zugelassen habe.

Der Angeklagte bekannte sich zu den oben wiedergegebenen Äußerungen über den Minister, schwächte aber die Darstellung über den Vorwurf des Landesverrats ab, wobei er sich auf die Berichte der Reichspressen über die Saager Konferenz und auf das Buch des Reichsaußenministers a. D. Dr. Schacht berief. Der Verteidiger beantragte Verurteilung der Verhandlung, um Minister Dr. Wirth und Dr. Schacht als Feigen zu vernehmen. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, um Dr. Wirth Gelegenheit zu geben, über sein Verhalten auf der Saager Konferenz selbst Auskunft zu erteilen, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsstaatsanwalts. Eine Vernehmung Dr. Schachts als Zeuge wird späterer Entscheidung vorbehalten. Nach Mitteilung des Gerichtsvorsitzenden hatte Dr. Wirth auf Anfrage schriftlich mitgeteilt, daß die von dem Angeklagten behauptete Darstellung unrichtig sei, er habe sich vielmehr mit aller Energie dafür eingesetzt, daß bei allen künftigen Reparationsanprüchen eine erneute Befestigung Deutschlands ausgeschaltet werde.

### Schadlingsbekämpfung

Das Badische Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: In den ersten Junitagen und teilweise, infolge der unnatürlich warmen Witterung in der letzten Maidekade, schon in den letzten Tagen des Monats Mai, trat an vielen Stellen des Landes die Peronosporakrankheit auf. Bei der regenreichen Witterung Ende Mai hat sie Anhebungen verursacht, die einen erneuten Ausbruch in der Zeit vom 9. bis 15. Juni erwarten lassen. Deshalb muß die zweite Bespritzung der Reben bis dahin durchgeführt sein. Man verwendet wieder arsenhaltige Kupferbrühen und achtet darauf, daß alle grünen Teile des Weinstrauchs mit der Spritzbrühe getroffen werden. — Wo sich Mehltau auch nur in Spuren zeigt, sofort schwefeln.

### Aus der badischen Industrie

Angeklagtenentlassungen in der Württembergischen Industrie. Die Württembergische Textilfabrik J. C. Goller AG, Tübingen, hat ihren kaufmännischen Angestellten bis auf drei Mann gekündigt. Die Kündigungen enthalten den Vorbehalt, daß bei einer Möglichkeit der Weiterbeschäftigung wegen eines neuen Vertragsverhältnisses verhandelt werden würde. Die Angestellten hatten schon in letzter Zeit sich mit teilweise recht erheblichen Gehaltsforderungen einberufen erklärt.

Aus der Singener Industrie. Dem gemeinsamen Dorf Arlen-Mielafingen fehlt, auch vom Hohenlohe aus gesehen, nun eines seiner charakteristischsten Wahrzeichen, das weithin sichtbare, große stützende Fabrikgebäude der Spinnweberei Arlen. Es ist vollständig abgebrochen. Das Gebäude hatte eine Länge von 100 Metern und eine Breite von 30 Metern. Zum Glück für die sonst brotlos gewordene Arbeiterbevölkerung von Arlen usw. konnte sie zum größten Teil in den Singener Industrien wieder aufgenommen werden, so vor allem in den Waggonwerken und in den Aluminiumwerken, während in den Eisen- und Stahlwerken wegen Rationalisierung jetzt eher Ausstellungen von Arbeitskräften sind.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitag morgen: Das nach Mitteleuropa gezogene Zwischenhoch hat sich mit dem über Nordwesteuropa liegenden Polarhoch vereinigt, während die atlantische Zylone noch immer vor der europäischen Westküste festliegt. Damit besteht Aussicht auf Fortdauer der heiteren Witterung bei weiterhin steigenden Temperaturen. Schon gestern wurden in der Ebene wieder 26 Grad Höchsttemperaturen erreicht. — Wetterausblick für Samstag: Heiter, zunehmende Erwärmung bei vorwiegend östlichen Winden, gegen Abend strichweise Wärmegewitter.

Wasserstände: Waldsüt 382 — 8, Döbel 197 — 17, Schutterinsel 267 — 16, Rehl 413 — 17, Mayau 630 — 5, Mannheim 661 — 6, Raab über 200 Zentimeter.

## Gemeinderendmission

Der Karlsruher Haushaltsplan. Die Nationalsozialisten hatten beim Landeskommissar die Ungültigkeit der Annahme des Karlsruher Haushaltsplans beantragt, die bekanntlich nach dem Zusammenstoßen im Rathhausaal mit beschlußfähiger Mehrheit en bloc erfolgte. Die Beschwerde wurde aber nun zurückgewiesen und die Verabschiedung des Karlsruher Haushaltsplans besteht somit zurecht.

Der neue Heidelberger Kreisvorsitzende. Zum Kreisvorsitzenden wurde in Heidelberg mit 28 von 30 Stimmen Hauptlehrer Leo Weiß (Centr.) gewählt. Stellvertretender Kreisvorsitzender wurde der Nationalsozialist Kaufmann Hermann Schirmer mit 22 Stimmen. Der bisherige, langjährige Kreisvorsitzende war betamlich Oberbürgermeister a. D. Prof. Dr. Wals.

Die Einwohnerzahl Schwesingens acht zurück. Seit Monaten ist in Schwesingen ein ständiger Rückgang der Einwohnerzahl zu verzeichnen; sie betrug am 1. Juni 1934 1034 Personen.

Der Stadt. Veranschlag von Bruchsal wird nach seiner Ablehnung durch den Stadtrat auf Anordnung des Staatskommissars am Montag noch zur Beratung kommen; bei nochmaliger Ablehnung wird die Staatsbehörde die Ausgabebedeckung festlegen.

Oberbürgermeisterwahl in Raftatt. Da die Amtszeit des Oberbürgermeisters Renner abgelaufen ist, wurde nunmehr die Neuwahl unseres Stadtoberhauptes auf Montag, den 15. Juni, nachm. von 6 bis 6 Uhr, angesetzt.

Die Ausgeteuerterfrage in Rehl. Die Rehl-Ausgeteuerterarbeiten an dem früheren Rionierungsplan bei Rehl gehen ihrem Ende entgegen. Das Stadtkonamt hat dem Gemeinderat eine Aufstellung der Kosten vorgelegt. Der Aufwand für diese Arbeit einschließlich der Kosten des Umflügens des Geländes und der Erstellung einer Einfindigung nach dem Rheinbamm belaufen sich auf rund 26000 M. Der Gemeinderat beschloß sich zur Zeit mit der Prüfung der Frage, wie für die nun wieder arbeitslos werdenden Ausgeteuerter neue Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden können.

Lahr vor der Zwangssetatifizierung. Die Aufstellung des Voranschlags für 1931/32 für die Stadt Lahr ist vom Stadtrat abgelehnt worden. Der Oberbürgermeister hatte vorgeschlagen, die Umlage von 146 auf 100 Pf. beim Grundvermögen von 59 auf 40 Pf. beim Betriebsvermögen, und von 731 auf 600 Reichspfennig beim Gewerbevermögen zu senken. Nunmehr hat der Landeskommissar das Wort.

Der Bürgerausschuß Mühlheim stimmt nach längerer Beratung dem Voranschlag mit 34 gegen 23 Stimmen zu. Die Einführung der Gemeindebesteuer und der Bürgersteuer wurde mit 28 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Zur Deduktion des Pflanzbeitrages ist die Erhebung einer Umlage von 90 Pf. vom Grundvermögen, 34,6 vom Betriebsvermögen und 648 Pf. vom Gewerbevermögen notwendig.

Die Verkehrsvereine „Schwarzwaldbahn-Bodensee-Rheinfall“ e. V., St. Trüben, der 50 Städte und Gemeinden, Verkehrsvereine und Transportanstalten von Rehl längs der Schwarzwaldbahn bis Konstanz und Schaffhausen, St. Gallen und Rheinfelden angehören, hielt ihre Hauptversammlung in St. Gallen ab. Besondere Pflege soll nach der letzten Grenzverhältnisse mit dem Elß, der Verkehr dort erfahren, worüber neue Verhandlungen bevorstehen. Verbesserungen durch Schaffung neuer Schnellzugverbindungen, z. B. mit Paris, geben für eine Verlegung gute Grundlagen. Ebenso mehrere neu gemessene Tagesanschlüsse vom Elß und der Saar. Als nächster Tagungsort wurde Donaueschingen bestimmt.

## Aus der Landeshauptstadt

Generalmajor a. D. Anheuser 85 Jahre alt. Der Ehrenpräsident des Badischen Kriegerbundes, Generalmajor a. D. Anheuser, feierte am Donnerstag, den 4. Juni, seinen 85. Geburtstag. Der Jubilar erfreut sich einer seltenen Kräftigkeit.

Zweite Sommerausgabe 1931 des Reichstourbuchs. Einige Tage vor dem 1. Juli erscheint die zweite Sommerausgabe des Reichstourbuchs (Große Ausgabe) mit den Jahrsplänen nach dem neuesten Stande für die Eisenbahn-, Luftverkehrs- und Dampfschiffverbindungen Deutschlands und der fremden Länder. Der Verkaufspreis beträgt wie bisher 6,50 M. Daneben ist auch weiterhin die billigere kleine Ausgabe des Reichstourbuchs ohne den Auslandsteil zum Verkaufspreis von 4,50 M. erhältlich. Den Belegern des Reichstourbuchs wird das Kraftposttourbuch zum Vorzugspreis von 50 Pf. geliefert. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Postanstalten, die Bahnhöfe der Reichsbahn, sowie auch Buchhandlungen und Reisebüros entgegen.

Die Fronleichnamfeier in Karlsruhe. Vom schönsten Wetter begünstigt, bewegten sich am Donnerstagvormittag die Prozessionen zur Feier des Fronleichnamfestes durch die Straßen in der Gegend der einzelnen Pfarrkirchen. Es war eine erhebende und imposante Kundgebung katholischen Glaubenslebens. Namentlich die Prozession von St. Stephan zeichnete sich durch eine gewaltige Teilnahme aus. Hier schritten unmittelbar hinter dem Allerheiligsten der Staatspräsident Wittenmann, Finanzminister Dr. Schmitt und der Präsident des Rechnungshofes, Dr. Baumgartner.

Schwedischer Besuch in Karlsruhe. Auf einer Studienreise durch Deutschland, Italien und die Schweiz hat anfangs dieser Woche eine Gruppe von 17 schwedischen Studenten, Studierende der Technischen Hochschule Stockholm, unsere Stadt besucht. Sie wurden von Vertretern der hiesigen Technischen Hochschule empfangen, denen sich auch der Studentendienst, die Stadtverwaltung und der Verkehrsverein angeschlossen hatten. Man besichtigte die Einrichtungen der Friedrichiana und die Sehenswürdigkeiten der Stadt, einschließlich des Rheinbassens und Nappenswörts. Besonderem Interesse begegnete ein Rundgang durch die modernen Wohnsiedlungen Dammertod und Gartenstadt.

Das Ergebnis des Kornblumentages. Das Ministerium des Innern hatte bekanntlich für den 1. März d. J. eine gemeinsame öffentliche Sammlung des Badischen Kriegerbundes und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Baden, genehmigt. Nunmehr liegt das zahlenmäßige Ergebnis vor. Auf den Badischen Kriegerbund entfallen nach Abzug der Entlosten mit rund 4000 M. an Reineinnahmen 24 259 M., die restlos dem Erholungsfonds des Badischen Kriegerbundes zugeführt worden sind. — Der auf den Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Baden, entfallende Reinertrag befreit sich nach Abzug der Sammlungsunkosten (rd. 1500 M.) auf 6840 M. Dieser wird zum Ausbau und zur Instandhaltung der Patentreichhöfe des Landesverbandes und seiner Ortsgruppen Verwendung finden. Der Erholungsfonds des Badischen Kriegerbundes ist nach Zuweisung obiger Summe auf 65 484 Reichsmark angewachsen. Die Jinsen sind laut Beschluß des Abgeordnetentages in Raftatt als Beihilfen zur Unterbringung bedürftiger Kameraden in bestehende Erholungsheime zu verwenden.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	6. Juni		8. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.31	169.65	169.31	169.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92	112.68	112.90
Italien 100 L.	22.02	22.06	22.01	22.05
London 1 Pf.	20.475	20.515	20.473	20.513
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.2065	4.2145
Paris 100 Fr.	16.459	16.499	16.459	16.499
Schweiz 100 Fr.	81.615	81.775	81.58	81.74
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.12	59.24
Prag 100 Kr.	12.47	12.49	12.465	12.485

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 3. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 pence.

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um 1/8 Proz. auf 4 1/8 Proz. erhöht worden.

### Börsen und Geldmarkt

Der Kursbruch an der Börse hielt auch in dieser Woche an. Die Stimmung war sehr nervös und wurde durch schwache Kursmeldungen von den Auslandsbörsen ungünstig beeinflusst. Die bevorstehenden Notverordnungen, die Schwierigkeiten, die sich der internationalen Lösung der Reparationsprobleme entgegenstellen, die Komplikationen in Estreich und andere Widrige mehr lassen keine Besserung aufkommen. Der Rückzug aus der Aktie setzte sich, auch unter dem Eindruck der neueren Industrieabschlüsse, fort. An sämtlichen Märkten traten neue Rückschläge ein. Der Indextiefpunkt vom Januar ist zum Teil bereits unterstrichen. Von den Kursrückgängen waren hauptsächlich Industriepapiere betroffen. Aber auch der Anleihemarkt war sehr stark gedrückt.

Geldmarkt: Der Mai-Altimo ist ungewöhnlich leicht verlaufen. Die Sätze waren zwar hoch, gaben aber bald wieder nach. Die Lage der Reichsbank ist nach wie vor befriedigend. Gelddrückungen aus dem Ausland wurden wenig bemerkt; sie rührten hauptsächlich von einigen holländischen und schweizerischen Banken her. Man glaubt nicht, daß ein deutscher Schritt in der Reparationsfrage größere Abziehungen von Reichsgeld zur Folge haben werde, wenn auch in dem einen oder anderen Falle Geldrückungen unvermeidlich sein würden.

### Karlsruher Hafenverkehr im Mai

Der Wasserstand des Oberrheins ist — am Pegel zu Regau gemessen — von 546 Zentimeter am Anfang des Monats Mai unter Schwankungen auf 492 Zentimeter am 16. Mai gefallen und nach einem Anstieg auf 605 Zentimeter am 28. Mai bis auf 554 Zentimeter am Ende des Monats zurückgegangen. Für die Großschiffahrt nach Karlsruhe war der Wasserstand im Mai 1931 hiernach verhältnismäßig günstig.

Im Karlsruher Rheinhafen sind in diesem Monat 78 Güterboote und Motorschiffe sowie 234 Schleppfähre angekommen und 83 Güterboote und Motorschiffe sowie 215 Schleppfähre abgegangen. Im Mai 1931 war sonach der Schiffsverkehr im Karlsruher Rheinhafen sowohl bei der Ankunft, wie beim Abgang erheblich größer als im Monat April 1931.

Der Güterverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Mai 1931 bei der Zufuhr um rund 50 000 Tonnen und bei der Abfuhr um rund 2000 Tonnen größer als im April 1931. Gegenüber dem Verkehr im Monat Mai 1930 ist dagegen der Verkehr im Monat Mai 1931 sowohl bei der Zufuhr wie bei der Abfuhr schwächer gewesen, wie überhaupt der Verkehr im Jahre 1931 im ganzen bis jetzt hinter dem Verkehr für die gleiche Zeit des Jahres 1930 zurückblieb, und damit ein Spiegelbild der Verschlechterung der Lage der deutschen Volkswirtschaft bildet, die in diesem Zeitraum unmerklich eingetreten ist.

Die Hafenzufuhren mit dem städtischen Motorboot waren im Monat Mai 1931, soweit Schülerfahrten in Frage kommen, erheblich stärker, als im Monat Mai 1930. Dagegen haben Erwachsene dieses Boot im Mai 1931 wesentlich weniger als im Mai 1930 benützt. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrts-Ges. hat ihre diesjährigen fahrplanmäßigen Fahrten nach und von Karlsruhe an Pfingsten aufgenommen.

Emil Baelbin, Lederfabrik A.-G., Lahr. Die Gesellschaft erzielte aus Waren und Lohngebung 629 218 (193 601) M.; für Fabrikationsunkosten wurden 636 585 (402 966) M. und für Abschreibungen 42 484 (31 708) M. benötigt, so daß ein Verlust von 49 853 (2398,9) M. entsteht. Der Bericht bezeichnet das laufende Geschäftsjahr als ein Übergangsjahr für die Gesellschaft. Es wird vorgeschlagen, den Verlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Industriefusion in Freiburg. Die mit 200 000 M. Aktienkapital arbeitende Draht- und Kabelwerke Freiburg A.-G., hat auf dem Wege der Fusion im ganzen ohne Liquidation die bisherigen „Wego-Werke“ A.-G., Freiburg (Aktienkapital 5000 M.) übernommen und den Firmennamen in Wegoverke A.-G. Freiburg umgewandelt. Gleichzeitig wird eine Verabstimmung des Aktienkapitals auf 100 000 M. und eine Wiederrückführung um 5000 M. auf 105 000 M. beschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt Herstellung und Betrieb von technischen und elektrotechnischen Artikeln aller Art, insbesondere als Fortführung der bisherigen Produktion der bisherigen Wego-Werke, die hauptsächlich aus Kondensatoren usw. bestand.

Kedar-AG in Stuttgart. Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß für 1930. Über den Stand der Bauarbeiten wurde berichtet. Der Ausbau der Staustufe bei Heilbronn sei in erster Linie dem starken Interesse der süddeutschen Kreise zu verdanken. Es wurde sodann der Wunsch ausgesprochen, daß es gelingen möge, in den nächsten zehn Jahren das gefestigte Ziel zu erreichen. Das letzte Hochwasser habe die Möglichkeit dieser bisher ausgeführten Arbeit bewiesen. Oberbaurat Landwehr teilte mit, daß der Umsatz auf 137 Millionen Kilowattstunden gegen 68 Mill. Kilowattstunden gestiegen sei. Neuerdings seien zehn Werke in Betrieb, die eine Stromstärke von 50 000 PS erzeugten. — Es wurde empfohlen, im Herbst eine nochmalige Kapitalerhöhung (zur Zeit 13 Mill. Reichsmark) vorzunehmen, um eine weitere Aufnahme von fremden Geldern zu vermeiden, da dadurch die Zinsabgaben erspart würden.

Dyckerhoff & Widmann AG, Wiesbaden-Viebrich, berichtet über das 24. Geschäftsjahr 1930, daß die ungünstigen Auswirkungen der allgemeinen Depression bei der Gesellschaft wenigstens teilweise aufgefangen werden konnten. Von größeren Bauten wurden die Vermuntspitze bei Vörsberg und der 6 Kilometer lange Schluchsee-Schwarza-Stollen fertiggestellt und dem Betrieb übergeben. Die Zeit-Dwibag-Schalenbauweise hat sich auch im abgelaufenen Jahre befriedigend entwickelt. Im Inland hat die Firma den Schwarz-

**Straßenbau** aufgenommen und einen Lizenzvertrag mit der S. G. Farben zur Herstellung der Disperion Y — eines auf das höchste vervollkommenen Katalysators — abgeschlossen. Im neuen Jahr sind die engen Beziehungen zwischen der Aktiengesellschaft für Verkehrsbedarf und der Firma im freundschaftlichen Wege gelöst worden und im Zusammenhang damit wurde die Arbeitsgemeinschaft für das Ausland, die im Vorjahre mit der Firma Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co. abgeschlossen war, wieder aufgehoben. Das Auslands-geschäft hat sich in den verschiedenen Ländern unterschiedlich entwickelt. Ungünstig ist namentlich die Lage in Südamerika. Dagegen hat die das Kaffabaggergeschäft bearbeitende Tochtergesellschaft, die N. R. Albetam, Wagger-en Doumaatschappij, Den Haag, im europäischen Ausland und übersee befriedigend gearbeitet. Die übrigen im europäischen Ausland durch die Firma bearbeiteten Großbauten, einschließlich der Arbeiten auf Reparationskonto, entwickeln sich normal. Am Kanalbau Lüttich—Antwerpen wurde nach Vervollendung der Einrichtungsarbeiten mit dem Waggerbetrieb begonnen. Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist ein Reingewinn von 760 531,62 (1 089 603) RM, wovon 8 (i. S. 10) Prozent Dividende vorgeschlagen werden. In das neue Geschäftsjahr ist die Firma mit einem Auftragsbestand eingetreten, der für das Ausland — abgesehen von Südamerika, wo Zurückhaltung geübt wird — unter den heutigen Verhältnissen als genügend bezeichnet werden kann, während sich im Inland die dauernde wirtschaftliche Depression mehr und mehr auswirkt.

Die Krise in der elsässischen Textilindustrie nimmt weiteren Umfang an; von ihr sind die ältesten und stabilsten Firmen betroffen worden. Die zahlreichen Liquidationen der letzten Tage haben große Schwierigkeiten der von den großen Firmen kontrollierten kleineren Firmen zur Folge gehabt. Die Absatzkrise hat sich inzwischen weiter verschärft, so daß die meisten Fabriken ab 15. Juni die Betriebe an zwei Tagen wöchentlich stilllegen werden.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**St. Mannheim, 4. Juni.** Heute abend wurde auf den Redarwiesen in der Nähe der Alphonstraße der in K 48 wohnhafte Fritz Hoff, ein älterer Mann, von einem jungen Menschen erschossen. Nach den bisherigen Aussagen des festgenommenen 17jährigen Heinrich Dommershausen scheint es sich um eine fahrlässige Tötung zu handeln. Dommershausen und der Getötete Fritz Hoff hantieren mit einer Mehrfachpistole, die sich auf bisher noch ungeklärte Weise entladen haben soll.

**St. Krumbach, Amt Mosbach, 3. Juni.** Die Gemeinde Krumbach und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold haben hier dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, dessen Vater aus Krumbach stammte, ein Denkmal errichtet, das am 5. Juli eingeweiht wird.

**St. Pforzheim, 3. Juni.** Das Theaterkassette Trotadero hat infolge der wirtschaftlichen Lage seine Pforten geschlossen. Damit hat Pforzheim seine Kleinkunstbühne verloren.

**St. Rastatt, 4. Juni.** Unter dem dringenden Verdacht der Spionage zugunsten einer fremden Macht wurden hier in den letzten Tagen zwei Personen verhaftet, darunter ein Beamter. Dieser wurde jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich der Verdacht gegen ihn nicht bestätigte. Der zweite jedoch, der Vertreter einer Nähmaschinenfirma, früher Säuhmann in Offenburg, namens Karl Gerber, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt; er behauptet, aus wirtschaftlicher Not gehandelt zu haben. Er dürfte die Spionage hauptsächlich während der Besatzungszeit ausgeübt haben.

**St. Triberg, 4. Juni.** Die Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten auf der Schwarzwaldbahn, die sich seit einigen Jahren auf Durchsicht der Tunnel, Ausbesserung und Erneuerung von Geleisen, Verlängerung der Portale, Abräumung verwitterter Halben usw., erstrecken, werden jetzt zwischen Triberg und Ruxbach fortgesetzt. Im Grundwaldtunnel fallen diese Er-

neuerungsarbeiten zusammen mit den Gleisumbauten oberhalb Triberg, wo derzeit das fastseitige Gleis Richtung Konstantz-Offenburg neu gebettet wird.

**St. Freiburg i. Br., 4. Juni.** In der Nacht zum Donnerstag verstarb im Alter von 81 Jahren Altstadtrat Julius Feilerling, Besitzer der bekannten Brauerei Feilerling in Freiburg.

**St. Freiburg i. Br., 4. Juni.** Die Beteiligung an der Feiernamensprozession war in diesem Jahr stärker als in den vergangenen; wie immer war der Zutrom auswärtiger Teilnehmer und Zuschauer wieder sehr groß. In der Aufstellung der Mätre war eine Änderung infolge eingetreten, als man bemerkt war, einer größeren Anzahl von Gläubigen die Teilnahme an den Zeremonien zu ermöglichen. Die Prozession selbst bot wie jedes Jahr ein farbenprächtiges, eindrucksvolles Bild; das Allerheiligste wurde vom Erzbischof getragen.

**St. Lörrach, 4. Juni.** Zwischen der nationalsozialistischen Jugend und der kommunistischen Jugendorganisation, die beide am Mittwoch eine Versammlung abhielten, kam es, als sich eine Gruppe von Kommunisten auf dem Heimweg befand, auf dem Marktplatz zu einer Schlägerei. Ein Kommunist mußte im Krankenhaus verbunden werden. Die Polizei trennte die Streitenden.

**St. Singen a. P., 4. Juni.** In einem plötzlichen Anfall von Wahnsinn hat die Frau des Landwirtes und Straßenwärters Emil Maier im benachbarten Dorfe Slingen heute morgen ihre vier Kinder, welche noch schliefen, mit der Axt erschlagen. Die Kinder, von denen das älteste neun und das jüngste drei Jahre alt waren, sind kurz nach der schrecklichen Tat gestorben. Der Vater befand sich während der Bluttat seiner Frau im Stalle beim Viehfüttern. Die unglückselige Mutter, welche in den letzten Tagen über heftige Kopfschmerzen klagte, wurde in die Heil- und Pflegeanstalt Reichenau verbracht. Die Frau war heute morgen gegen 1/2 6 Uhr aufgefunden und hat dann sofort die schreckliche Tat ausgeführt.

**Statt besonderer Anzeige.**

Am 31. Mai 1931, nachts 1/2 12 Uhr, entschlief unerwartet im 73. Lebensjahr, mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater und Schwiegervater

Regierungsrat a. D.

## Anton Gerspach.

Rastatt, den 5. Juni 1931. L. 235

In tiefer Trauer:

Marie Gerspach, geb. Dießenhofer  
Forstrat Anton Gerspach  
Fränzel Gerspach, geb. Wolf.

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

### Bezirksparkasse Engen (Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	21 623,77	1. Spareinlagen	2 957 319,23
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	174 963,37	2. Aufwertungs-sparein-lagen	1 439 045,22
3. Wertpapiere	111 410,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	177 598,91
4. Wechsel	20 116,18	4. Sonstige Einlagen	4 638,55
5. Darlehen auf Hypo-then	1 979 714,88	5. Anlehens- und andere Schulden	45 843,57
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	397 755,19	6. Ausgaberrückstände	64,38
7. Darlehen auf Schuld-scheine	260 706,11	7. Rücklagen:	
8. Darlehen an Gemein-den und Körperschaften	438 991,50	a) Gesetzlicher Reserve-fonds	144 553,50
9. Aufwertung:		b) Sonderrücklage	23 709,66
a) Forderungen	737 303,40	8. Reingewinn vom Jahre 1930	38 743,01
b) Abrechnungskonto	500 518,24		
10. Einnahmerückstände	100 196,59		
11. Grundstücke und Ge-bäude	88 211,—		
12. Gerätschaften	4 831 521,23		4 831 521,23

**Berechnung der gesetzlichen Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5 % aus 3 134 918,14 RM Einlagen = 156 745,90 RM

Sie beträgt laut Bilanz = 144 553,50 RM

Zugang vom Reingewinn 1930 = 12 192,40 RM

Somit gesetzliche Rücklage auf Ende 1930 = 156 745,90 RM

Engen, den 2. Juni 1931. R. 495

**Bezirksparkasse Engen.**

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Dr. Wittner.

Der Geschäftsleiter: gez. Knupfer

**Wir werben für Sie!**

**LEHRGANG der ESPERANTO!**

Wegen starker Beteiligung ab Freitag, 5. Juni, Kurs verlegt nach Kreuzstr. 15, durch den Hof: Großer Saal der Hebschule! Weitere Anmeldungen ebendort! L. 234

**Dr. Josef Mangold, Kaufmann und Ottilie Augusta geb. Baumann in Griesbach, Ehevertrag vom 11. Mai 1931: Gütertrennung.**

Obertrib. 29. Mai 1931. Amtsgericht.

### Gebäude-sondersteuer

Die im Erlaß des Herrn Ministers der Finanzen vom 16. Mai 1931 bezeichneten Vordrucke zur Abrechnung und Ablieferung der Gebäude-sondersteuer sind auch bei uns und unsern Filiallagern zu haben. R. 233

**Bad. Kommunalverlag, Vordrucklager Bruchsal**

Wörthstraße 8. Fernsprecher 2142

### Spezialhaus für Vervielfältiger

**Blitz Schnelldrucker**

Handanlage stündl. ca. 2000 Abzüge Mk. 65.-

Autom. Papieranlage ca. 6000 Abzüge Mk. 150.-

**Ernst Wentzel**

Werstr. 69 Stuttgart Fernspr. 40716

### Öffentliche Verbandsparkasse Bonndorf i. Gchw.

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	8 022,53	1. Spareinlagen	1 859 837,91
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	280 717,32	2. a) Aufwertungs-sparein-lagen	1 872 429,90
3. Wertpapiere	84 600,—	b) Aufwertungsabrech-nungskonto	24 426,63
4. Wechsel	59 742,44	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	282 694,86
5. Darlehen a. Hypothesen	1 376 063,78	4. Sonstige Einlagen	—
6. Grundstückskaufgelder	224 544,90	5. Anlehens- und andere Schulden	165 765,57
7. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	179 939,81	6. Ausgaberrückstände	—
8. Darlehen auf Schuld-schein	299 527,90	7. Rücklagen:	
9. Darlehen an Gemein-den	480 821,48	a) gesetzl. Reservefonds	92 863,60
10. Aufwertungs-forderungen	1 305 383,90	b) Sonderrücklage	61 945,72
11. Einnahmerückstände	102 626,86	8. Reingewinn vom Jahre 1930	42 029,73
12. Grundstücke u. Gebäude	2,—		
13. Gerätschaften	1,—		
	4 401 993,92		4 401 993,92

**Berechnung der Rücklage**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5 % aus 2 142 532,77 RM = 107 126,60 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 92 863,60 RM

Zuweisung aus dem Reingewinn 1930 42 029,73 RM 134 893,33 RM

27 766,73 RM R. 492

Bonndorf, den 1. Juni 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Flud.

Der Geschäftsleiter: R 5 f.

### Bekanntmachung.

Infolge Stellenwechsels ist der III. Kaminkehrbezirk Karlsruhe-Land neu zu bezeichnen. Der Bezirk umfaßt bisher die Vororte Daglanden und Grünwinkel; sein Umfang wird aber in nächster Zeit anlässlich einer allgemeinen Kreisbezirksneueinteilung geändert werden. Bewerbungen sind innerhalb 4 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab schriftlich beim Bezirksamt Karlsruhe einzureichen; sie müssen die in §§ 6 und 7 der Kaminkehrverordnung vom 29. November 1921 bezeichneten Angaben und Nachweise sowie die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Bewerber mit der beabsichtigten Neueinteilung einverstanden ist.

Karlsruhe, den 27. Mai 1931. O. J. 40

Bad. Bezirksamt — Abteilung IV — R. 500

### Ingenieren bringt Gewinn

A. 831. Karlsruhe. Ueber das Vermögen der Firma Wilhelm Wolf jr., Tuch-großhandlung in Karlsruhe, Douglasstr. 24, wurde durch am 28. Mai 1931 rechtskräftig gemachten Beschluß vom 13. Mai 1931 Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Hugo Stein, hier, Kaiserstr. 94. Konkursforderungen sind bis zum 17. Juni 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Samstag, den 27. Juni 1931, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Rademiestr. 8, 3. Stod., Zimmer 252. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 17. Juni 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 30. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8.

### Badisches Landestheater

Samstag, den 6. Juni 1931

\* B 27. Th.-Gem. 1—100

Zum erstenmal:

### Über allen Jauber Diebe

Bon Calverton

Freie Neudichtung v. Scholz

Musik von Steibel

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Bertram, Genter, Janz, Seiling, Schreiner, Guse, Gebelien, Brand, Dahlen, Graf, Herz, Just, S. Kierscher, Kloebe, Kubne, Luther, Müller, Prüter, Schulze

Anfang 20 Ende nach 20%, Preise A (0,70—5 RM)

So. 7. 6. Undine. Im Kon-zerthaus: Meine Frau, das Fräulein.